

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,86 Mk.; bei jeder Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Straß-Bundes). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Schriftföhrer: Amt VII, Nr. 1728.

Nr. 56.

Berlin, Mittwoch, 17. Juli 1907.

Neununddreißigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Der Scharfmacher Schmeizen und Wünsche. — Was der Praxis der Arbeiterorganisation. — Die Aufgaben unserer Delegiertenkongresse. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbände-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Der Scharfmacher Schmeizen und Wünsche.

Die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geben der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ Anlaß zu einer Betrachtung über die Neutralität der sogenannten „Unparteiischen“. Was darunter zu verstehen ist, geht aus den weiteren Ausführungen hervor. Zunächst konstatiert das Blatt, daß zwischen Unternehmern und Arbeitern ein dauernder, im wesentlichen nur durch Waffenstillstände unterbrochener Kriegszustand Platz gegriffen habe, der natürlich verursacht ist durch die „unablässige Verheerung“ seitens der berufsmäßigen Agitatoren. Von den zahlreichen, seitens der Unternehmer frivolo vorgenommenen Aussperrungen ist dabei nicht die Rede. Das Karneval, das angefangen hat, bleibt unter allen Umständen die Arbeiterschaft. Wie nun in jedem politischen Kriege die Haltung der unparteiischen Mächte, der Neutralen, von großer Wichtigkeit für den Ausgang ist, so bildet auch oft bei den auf dem Arbeitsmarkt auszufestehenden Differenzen die Haltung der Unparteiischen das Änglein an der Waage, das den Ausschlag nach der einen oder nach der anderen Seite gibt.

Diese „Neutralen“ in wirtschaftlichen Kämpfen zerfallen nach der „Arbeitgeber-Zeitung“ in drei Gruppen. Da sind zuerst die Regierung und ihre Organe, die sich im großen und ganzen bemühen, eine beiden Seiten gerecht werdende Neutralität zu üben, deren ängstliche Befolgung oft genug in Widerstreit mit den höchsten Kommanden, welche die Regierung den Arbeitgebern gegenüber eigentlich zu erfüllen hätte“. Also so ganz rein scheint der Schild der Neutralität der Regierung auch nicht zu sein. Dasselbe gilt von den Geistlichen, Gelehrten und Lehrern, „deren weltfremde Rathgeberweisheit allzu oft in höchst unpassender und schädlicher Weise in die Arbeitskämpfe eingzugreifen versucht“ habe. Selbst die Geistlichkeit habe neuerdings begonnen, sich in die wirtschaftlichen Kämpfe einzumischen.

Indessen diese erste Gruppe verursacht dem Unternehmerorgan nicht die größten Kopfschmerzen. Schlimmer erscheint ihr schon die zweite Gruppe. Zu dieser werden diejenigen Arbeitgeber gerechnet, welche für den Augenblick von Arbeitskämpfen verschont sind, aber in irgend einer Beziehung zu den kämpfenden Mächten stehen. Diese Beziehungen können von zweierlei Natur sein. Der Arbeitgeber kann der Konkurrent der betroffenen Unternehmer sein, oder er kann als Lieferant ein Interesse am Ausgang des Kampfes haben. Gerade durch die Konkurrenz werde im wirtschaftlichen Kampfe die größte Verwirrung und Unordnung hervorgerufen. Kurzsichtige Arbeitgeber, die von einem Streik verschont blieben, und nur darauf bedacht sind, alle irgend erreichbaren Aufträge für sich zu erhalten, sie bedenken nicht, „daß sie dadurch nicht allein gegen die Ständebehörden sündigen, indem sie ihnen den Rufschrei in den Rücken fallen, sondern daß sie auch wirtschaftlich im höchsten Maße unklar handeln“. Gerade auf diese Uneinigkeit unter den Arbeitgebern zielt die Taktik der Arbeiterorganisationen ab, und bezwecken müßten auch Kon-

kurrenten sich dadurch unterstützen, daß sie unaufschiebbare Aufträge für einander ausführen und die gleiche Solidarität beweisen, wie die Arbeiter. Das sei nicht nur „wahrhaft vornehm und anständiger, sondern auch kluge und weisliche Politik“. Dasselbe gelte von den Materiallieferanten, von denen erwartet wird, daß sie nicht mit starrer Rigorosität auf Innehaltung der Lieferungsverträge bestehen, und daß sie den von der Arbeiterschaft bebrängten Unternehmern das Leben durch Gleichgültigkeit und Mangel an Entgegenkommen nicht erschweren. Ja, sie sollen sogar gewissen Arbeitgebern, „die in törichter Eigenbrödelei den Vorteil der Gesamtheit ihrer Keinen Persönlichkeit opfern, deutlich zum Bewußtsein bringen, was ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist“. Mit anderen Worten: Man will den Lieferanten vorschreiben, daß sie denjenigen Arbeitgebern, die den Arbeitern Entgegenkommen zeigen, die Materiallieferung entziehen.

Bei der dritten und wichtigsten Gruppe handelt es sich um diejenigen, welche als Konsumenten der im Streit befindlichen Unternehmungen in Betracht kommen. Mit dem Worte „Streik-Klausel“ wird die Hauptsumme derjenigen Forderungen gekennzeichnet, welche seitens der „Arbeitgeber-Zeitung“ und ihrer Hintermänner an die Neutralität der Konsumenten gestellt werden. „Erfüllt man sich alle staatlichen und kommunalen Behörden, sowie die Gesamtheit der Privatkaufleute entschlossen haben, die Streik-Klausel ihrem ganzen Umfange nach gelten zu lassen, kann von einer wirklichen, dem Interesse der Arbeiter gerecht werdenden Neutralität die Rede sein“.

Ist es Realität oder Unvoresichtigkeit, die diese Sätze diktirt hat? Die Unternehmer von der Innehaltung ihrer Lieferungsverträge zu entbinden, wenn ein Streik ausgebrochen ist, — das belagt doch im wesentlichen die Streik-Klausel — das nennt das Unternehmerorgan Neutralität. Das Gefühl, daß man damit zungunsten der Arbeiter in den Kampf eingreift, scheint ihm gar nicht zu kommen. Deshalb wird verlangt, daß nicht nur die Behörden, sondern auch die Kaufmannschaft usw. sich auf die Seite der Unternehmer stellen.

Neuerdings bereitet auch der seit einigen Monaten bestehende Käuferbund der „Arbeitgeber-Zeitung“ Kummer, der sich erlaubt, in den wirtschaftlichen Kriegszustand einzugreifen und sich — das wird mit dem Ausdruck des Bedauerns besonders festgesetzt — unter dem Protektorat der Gattin des Ministers von Bethmann-Hollweg gebildet hat. Hier habe man es ebenfalls mit einer zielbewußten Einmischung der Neutralen in die eigentlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erledigenden Angelegenheiten zu tun. Das sei sehr unrecht, denn

„ebenfalls kann man schon jetzt daran erkennen, daß diejenigen Arbeitgeber, die in sozialer Beziehung das Erfüllbare und wirtschaftlich Berechtigteste leisten, auch in der Lage sein werden, den Ansprüchen der Konsumenten am besten zu genügen, und daß daher eine Art selbständiger Kontrolle ratsam ist, die die Klagen zweifelslos arbeitet, als es irgend einer, immerhin auf fremde Informationen angewiesenen Käuferliga möglich ist. Und hier dürfte man kaum fehl gehen, wenn man eine strikte Neutralität, zumal bei ausbrechenden Arbeitskämpfen, für das Mindestmaß desjenigen hält, was die bürgerliche Gesellschaft den wahren Arbeitgebern gebietet“.

Schon auf dieser sündigen Betrachtung glaubt die „Arbeitgeber-Zeitung“ folgern zu können, daß die Notwendigkeit einer Neutralität, wenn nicht

einer Parteinahme zugunsten der Arbeitgeber für alle die Berufsklassen gegeben sei, die nicht unmittelbar an den Arbeitskämpfen beteiligt sind, und dann heißt es schließlich:

„So den Arbeitskämpfen ein sozialdemokratisches, staatsfeindliches Motiv zugrunde liegt, wo sie eintreten, nicht um die Lage der Arbeiter zu bessern, sondern um die politische Macht der Revolutionspartei zu stärken, (und diese Bedingung trifft auf die überwiegende Mehrzahl und bei den großen Streiks wohl auf die Gesamtheit zu), da sollte es für keinen „Unparteiischen“ zweifelhaft sein, daß er nicht unparteilich bleiben darf, sondern daß er, um seiner Bürgerpflicht willen, Partei ergreifen muß, die Partei derjenigen, die auf der vorbestimmten Schanze für den Bestand der Staats- und Wirtschaftsordnung zu kämpfen beufen sind“.

Wer die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Vaterlande nicht kennt, und das, was die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt, als bare Münze nimmt, der muß wirklich von tiefem Mitleid ergriffen werden mit den armen Unternehmern. Nicht allein daß die Arbeiter gar keine Rücksicht auf sie nehmen, stellen sich selbst auch diejenigen ihnen entgegen, die eigentlich einen ganz „unparteiischen“ Standpunkt einnehmen, d. h. auf die Seite der Arbeitgeber treten müßten. In Arbeiterkreisen ist genau die gegenteilige Meinung verbreitet. Dort glaubt man, daß namentlich seitens der Behörden häufig zugunsten der Unternehmer Partei ergriffen wird. Aber abgesehen davon. Wenn die öffentliche Meinung und andere Faktoren wirklich beizustehen die von ihnen erwartete Neutralität haben sollen lassen und offen Stellung gegen die Unternehmer genommen haben, so ist daran einzig und allein schuld die Rücksichtslosigkeit, mit der gerade von Unternehmerseite vielfach die wirtschaftlichen Kämpfe geführt werden. Das Wort „Bergarbeiterstreik“ sagt in dieser Beziehung alles.

Indessen was geht es uns an, ob die Scharfmacher glauben, von den neutralen Mächten ungerecht behandelt zu werden. Die Arbeiter werden ihre Kämpfe um bessere Lebensbedingungen wegen solcher Klagen nicht aufgeben. Sie werden sie führen, wenn sie von ihrer Notwendigkeit und Berechtigung überzeugt sind, unberührt darum, ob die Neutralen für oder gegen sie Partei nehmen. Für den erfolgreichen Ausgang allerdings ist es erforderlich, daß sie unablässig darauf bedacht sind, ihre Organisationen innerlich auszubauen und durch stete Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Eine weitere Vorbedingung des Erfolges ist aber, daß die bestehenden Organisationen sich nicht gegenseitig niederzuznüteln versuchen, sondern unter gegenseitiger Achtung und Anerkennung Schulter an Schulter kämpfen.

L. L.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

„Wenn mir das Schiedsgericht die Rente nicht bewilligt, gehe ich ans Reichsversicherungsamt“, sagt mancher Verletzte. Das tut er denn auch, aber nicht gerade immer mit Erfolg. Und darüber wären einige Worte zu reden. Wer sich durch ein Schiedsgerichts-urteil benachteiligt glaubt und Aussicht hat, am Reichsversicherungsamt ein günstigeres Urteil zu erwirken, soll nicht unterlassen, Klars zu einzulegen. In einer Sache, wo aber diese Aussicht nicht vorhanden ist, tut man besser, sich den Rents zu sperren und zwar nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch ebenso sehr im Interesse aller übrigen Arbeiter.

Eine Unfallsache läßt sich von verschiedenen Seiten ansehen. Man kann aus allerlei Gründen der Ansicht sein, eine Rente sei zu niedrig, weil besondere Umstände den Fall schwer machen. Solche Gründe muß man denn am Schiedsgericht vorbringen.

auch die grauenvolle Vermehrung der Unfälle bei der Arbeit, worüber je länger je länger Klage geführt wird. Jedenfalls dürfte feststehen, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit allein die soziale Frage nicht gelöst werden kann.

Diese gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Kampfbewegung, die von Schmaragdblätter aller Art sicher als ein gesundes Freies betrachtet und ausgenutzt werden wird, lesen wir in der sozialdemokratischen „Gemeiner Volksstimme“ vom 20. Juni 1907 und in der ebenfalls sozialdemokratischen „Erfurter Tribüne“ vom 27. Juni 1907. Diese Blätter, die an Berührungspunkten anderer Fronten sich nicht genug tun können, die werben den um die Verkürzung der Arbeitszeit ringenden Arbeitern auf diese Weise Knüttel zwischen die Beine. Wir möchten einmal sehen, wenn ein Gewerkschaftsblatt derartige Sätze brächte. Ausdrücke wie Arbeiterverräter und dergleichen würden nur so fliegen. Gespannt darf man darauf sein, wie die Berliner Banarbeiter, die jetzt gerade im Kampfe um den Achtstundentag stehen, über die beiden Parteiblätter denken. Für derartige Freunde werden sie sich vorwärtig nicht bedanken.

Die geringe Einschätzung der gewerkschaftlichen Interessen gegenüber den politischen bei unseren roten Brüdern zur Linken zeigt drastisch eine Schiffsgerichtsverhandlung in Hamburg. Dasselbst hatte ein Tischlergehilfe Sch., der das Vertrauen seiner Kollegen genoss, verschiedene Vertrauensposten inne. Für die Delegiertenwahl für die Ortsratskassen wurde er ebenfalls von seinen Kollegen als erster auf die Liste des Verbandes gesetzt. Als es jedoch zur Wahl kam, stellte es sich plötzlich heraus, daß er gefürchtet worden war, weil er nicht dem sozialdemokratischen Wahlverein angehört. Als in einer folgenden Versammlung der Holzarbeiter der Kartellkommission deswegen ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werden sollte, kam es zu sehr erregten Auseinandersetzungen, in denen ausdrücklich betont wurde, die Kommission hätte ein Recht gehabt, den Betreffenden von der Liste zu streichen, weil er dem sozialdemokratischen Wahlverein nicht angehört und politisch unrein sei. Gegen diesen Vorwurf verteidigte sich Sch. und nannte denjenigen, der den Vorwurf erhoben hatte, einen Vagabunden. Die Folge war, daß ihm eine Seltersflasche an den Kopf fiel, so daß er ohnmächtig vom Stuhle fiel. Deswegen war die Sache vor das Schöffengericht gekommen, das den Verwerf mit 3 Monaten Gefängnis bestrafte.

Dieser Vorgang zeigt auf deutlichste, wie sehr die sogenannten „freien“ Gewerkschaften abhängig sind von der politischen Partei. Mag jemand im Interesse seiner engeren Arbeitskollegen oder auch seiner Gewerkschaft ihre Schuldigkeit in jeder Hinsicht tun, als vollwertig wird er nicht angesehen, wenn er sich nicht auch der politischen Sozialdemokratie mit Haut und Haaren verschreibt. Wer dies mit seiner Überzeugung nicht vereinbaren kann, gilt in jenen Kreisen weniger als der politische Gegner.

Die Zukunft der Hirsch-Danckert'schen Gewerkschaften gibt dem „Deutschen Holzarbeiter“, dem Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Anlaß zu einigen recht sonderbaren Bemerkungen. „Selbst die nationale Begeisterung“, so meint häßlich das zitierte Blatt, „des am 1. Juli an die Spitze der Gewerkschaften tretenden Redakteurs Goldschmidt, dessen Name so wenig deutsch klingt und der es doch fertig bringt, für die deutsche Kultur eine Lange in Nummer 51 des „Gewerksverein“ zu brechen, wird wenig daran ändern.“ Zunächst möge der „Deutsche Holzarbeiter“ um das Kopfschütteln über die Zukunft unserer Organisation überlassen. Im übrigen aber ist diese ganze Bemerkung so albern, daß sie eigentlich kaum einer Entgegnung gewürdigt zu werden verdient. Es soll damit gesagt werden, der Name unseres Kollegen Goldschmidt deute darauf hin, daß er kein Christ, sondern wahrscheinlich ein Jude ist, und deshalb für die deutsche Kultur keine Lange brechen kann. Das ist an und für sich Unsinn. In Wirklichkeit aber ist Kollege Goldschmidt Christ und zwar nicht nur dem Worte nach, sondern auch in seinen Taten, was man in diesem Falle und auch sonst häufig von dem christlichen Blatte gerade nicht behaupten kann.

Wir machen nebenbei diese Feststellung nicht für unsere Mitglieder. Denn in den Gewerkschaften spielen weder politische noch religiöse Momente irgendeine Rolle. Es geschieht nur, um zu zeigen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um unserer Organisation zu schaden. In dem gesunden Sinne unserer Verbandsgenossen prälen diese Versuche ab.

In eine eigenartige Verlesung wird die von den christlichen Gewerkschaften betriebene nationale Organisation geführt durch einige Neuierungen in der christlich-sozialen Wochenschrift „Die Arbeit“. Wir konnten vor kurzen von einer Konferenz von Vertretern evangelischer Arbeitervereine und evangelischer Mitglieder christlicher Gewerkschaften in Essen berichten,

die u. a. auch eine scharfe Resolution gegen die gelben Gewerkschaften angenommen hat.

Auf derselben Zusammenkunft sprach auch der christliche Arbeitersekretär Rafflenhül über die Möglichkeit einer neuen Zuchtanstalt und erklärte:

„Sollte der Reichsanwalt sich mit der Absicht der Schaffung eines Arbeitsmängelgesetzes tragen — die Verabschiedung des Staatssekretärs von Potsdam gibt in dieser Hinsicht zu großen Bedenken Anlaß — dann wird der Reichsanwalt in der christlich-nationalen Arbeiterkraft eine scharfe Gegnerkraft finden. Die christlich-nationale Arbeiterkraft hat wohl am meisten unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu leiden; sie verurteilt diesen Terrorismus auf das entschiedenste, aber deshalb eine geistliche Hilfe herbeiwünschen, hält sie für durchaus verfehlt, denn es besteht ernstlich die Gefahr, daß dann ein Gesetz geschaffen wird, das jede selbständige Arbeiterbewegung ausschließt.“

Selbstverständlich wurde diese Konferenz auch in der genannten Wochenschrift besprochen, wobei die angeführten Neuierungen mit folgenden Bemerkungen begleitet werden:

„Wir können uns jetzt nicht zur Regierung warnen, um keinen Preis einen anderen sozialpolitischen Kurs einzuschlagen. Die Sozialreform muß im Interesse des sozialen Friedens und der Gerechtigkeit durch- und weitergeführt werden, sonst wird unser Volk an innerer Zerstörung und am Klassenkampf zugrunde gehen. Noch hat die christlich-nationale Arbeiterkraft volles Vertrauen zur Regierung, wenn auch die Verabschiedung des Lokomotivführers der Sozialpolitik tiefamerlich empfunden wird. Man treibe die Arbeiter nicht zur Verzweiflung, daß sie es nicht gerade so machen wie die Bauern in Rumänien und die Winzer in Frankreich, die sich ihre Rechte vom Himmel herunterholen.“

Das sind Drohungen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Sie werfen ein eigentliches Licht auf die in jenen Kreisen so oft hervorgerubene nationale Gesinnung. Unwillkürlich wird man da erinnert an die Zeiten, wo die preussischen Junker erklärten, daß wenn ihnen die Regierung nicht zu Willen sei, sie ihre nationale Gesinnung „einer Revision unterziehen“ müßten. Gegen den sachlichen Inhalt sowohl der Rede Rafflenhüls, als auch des Inhaltes der „Arbeit“ läßt sich nichts einwenden. Die daran geknüpften Drohungen aber nehmen sich in den Spalten eines Organs, das sonst die nationale Gesinnung für sich und seine Leser in Erbpacht genommen zu haben meint, recht sonderbar aus.

Arbeiterbewegung. Die Textilarbeiterausperrung in Landeshut i. Schl. schreit nunmehr unermesslich zu sein. Während die Textilsabrikanten, bei denen die Kündigung eingereicht worden ist, bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangen, haben die Streikenden dies ausdrücklich abgelehnt. Darauf wurde in sämtlichen Betrieben von Landeshut durch Anschlag bekannt gegeben, daß am Montag die Betriebe geschlossen, d. h. die Arbeiter ausgesperrt werden. — Der Streik der Seelenste in Hamburg ist beendet, die Arbeiter beschloffen haben, die Arbeit sofort bedingungslos wieder aufzunehmen. Auf der anderen Seite hat der Verein Hamburger Arbeiter erklärt, die am Streik beteiligten Seelenste nicht eher wieder einzustellen, bis der Streik an sämtliche deutschen Hafenplätze beendet und die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder aufgenommen ist. Da in einigen Disheschiffen und in Bremen der Kampf noch weiter geht, bleiben daher auch in Hamburg einflussreiche Seelenste ausgesperrt. — In Kaufbeuren in Schwaben sind wegen Ablehnung einer geringen Lohnforderung die Bauarbeiter in den Ausnahm getreten. Bei dem Neubau der Jernanstalt dieselbst sollen Gefesseltente und deren Wärter zu Streikbrechern herangezogen worden sein. — Die Lohnbewegung der Tischler in Brandenburg hat infolge mit einem Erfolge für die Arbeiter geendet, als die Arbeitszeit auf 9 Stunden herabgesetzt und der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht wurde. — Vehafte Tarifbewegungen haben sich im Lössergewerbe in letzter Zeit abgespielt. So ist nach rund zweimonatlichem Streik eine Bewegung der Lösser in Danzig jetzt beendet worden. Der Erfolg ist die Einführung eines neuen Lohntarifs, der bis zum 1. Juni 1909 läuft und den Arbeitern eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 10 pCt. gewährt. Der Erfolg ist umso größer, als die Unternehmer sich zuerst überhaupt nicht in Verhandlungen einzulassen erklärten. In Glogau wurde der alte Tarif erneuert, wobei die Lohnsätze ebenfalls um 5-15 pCt. ausbezahlt wurden; in Orenzhäusen haben dagegen die Lössergesellen die Kündigung einreichen müssen, weil die Unterhandlungen zu keinem Erfolge führten, und in Oera wird ebenfalls mit einem Ausnahm geredet. — Bei der Firma Böhm in Husum (Schleswig) sind die Holzarbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausnahm getreten. — In Gießen und Umgegend sind schon seit längerer Zeit die Tabakarbeiter ausgesperrt. Beteiligt sind etwa 1000 Arbeiterinnen und mehr als 100 Arbeiter. — Die Gießereiarbeiter der Maschinenfabrik Gebr. Sulzer in Ludwigshafen haben wegen fortwährender Klotterabgabe und Verzögerung eines Formers die

Kündigung eingereicht. — In Reichenbach i. V. haben die Formere der Bergwerksmaschinenfabrik von Braun die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden abgelehnt worden ist.

In Brod (Ungarn) war es wegen Verhaftung der Führer von Ausländigen zu schweren Ausschreitungen und zur Proklamierung des Generalfreistrits gekommen. Nunmehr sind die Verhafteten freigelassen und insolge dessen der Generalfreistrit wieder aufgehoben worden.

Organisationsbestrebungen. Vor kurzem ging durch die Presse eine Notiz, daß sich Professoren und Lehrer zusammengeschlossen hätten, um ihre Berufsinteressen wirksamer vertreten zu können. Seit geraumer Zeit sind ferner die Steiger, die das Mittelglied zwischen den Kohlengrubenbesitzern und den Arbeitern bilden, damit beschäftigt, sich eine Organisation zu schaffen. Zu dem von ihnen aufgestellten Programm wird eine anständige Behandlung erstrebt, Verbesserung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, Einrichtung von Beamtenauschüssen nach Art der Arbeiterauschüsse zur Vertretung von Unzufriedenheiten auf den Schulen, Erlangung eines Vertreters in den zu errichtenden Arbeitskammern usw. Man sieht, es handelt sich hier um ähnliche Forderungen, wie sie seitens der Arbeiterorganisationen gestellt werden. Neuerdings haben sich in Baden sogar die Richter organisiert und einen Verein zur Wahrnehmung ihrer materiellen und idealen Interessen gegründet. Auch für Preußen sollen ähnliche Bestrebungen zur Gründung eines Richtervereins im Gange sein. Blätter vom Schlage der hochkonservativen „Recht-Ztg.“ sind natürlich höchlich entrüstet darüber, daß „Beamte sich in der Verfolgung ihrer speziellen Berufsinteressen nicht mehr die Schranken auferlegen, die ihnen durch ihre ganze Stellung im Staatsorganismus und als Repräsentanten der staatlichen Autorität auferlegt sind.“ Uns Arbeitern kann es allerdings völlig gleichgültig sein, wie die genannten Berufsgruppen ihre Spezialinteressen wahrzunehmen sich gemüßigt fühlen. Wir führen diese Beispiele nur an, um zu zeigen, in welchen Kreisen der Organisationsgedanke bereits Eingang gefunden hat. Man sollte daher annehmen, daß auch die großen Massen der Arbeiter, die bisher noch immer teilnahmslos der Organisation gegenüberstehen, endlich ihren Wert begreifen und sich ihren Berufscollegen anschließen, um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen.

Der gesetzliche Abschluß der Bergarbeiter in Frankreich ist von der Deputiertenkammer beschlossen worden. Während bisher nur die in Kohlenbergwerken unter Tage beschäftigten Häuser eine Maximalarbeitszeit von 8 Stunden hatten, dehnt das neue Gesetz diese Bestimmung auf alle Gruppen der unter Tage beschäftigten Kohlengrubenarbeiter aus, so daß es im ganzen rund 70 000 Arbeitern zugute kommt. Die Einführung des Achtstundentages soll allmählich erfolgen, so daß er spätestens am 1. Januar 1910 allgemein durchgeführt ist. Ausnahmen sollen nur erlaubt sein bei Unfällen, zu Sicherheitszwecken und aus Gründen der nationalen Verteidigung. Doch ist auch bezüglich der Ausnahmen die Einschränkung getroffen, daß die Ueberstunden höchstens 2 Stunden täglich betragen und nur für 14 Tage im Jahre bewilligt werden dürfen. Die Strafen für Uebertretungen betragen 5-15 Franken für jeden Beschäftigten, bis zu einem Höchstbetrage von 500 Franken (400 Mk.). Das Gesetz wurde mit großer Mehrheit angenommen und bedeutet zweifellos einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt.

Ein Verband deutscher Lederwaren- und Bekleidungsindustrieller ist in Offenbach a. M. gegründet worden. Er bezweckt die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen und die Pflege eines geselligen Verkehrs der Mitglieder untereinander. Als ein Ziel des Verbandes wird auch genannt die Erhaltung und Förderung trieblicher Beziehungen zwischen den Arbeitgeberern und Arbeitnehmern durch die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, soweit dieses die allgemeinen Wettbewerbsverhältnisse ermöglichen. Der Organisation der Arbeitnehmer gegenüber soll der Verband eine geschlossene und auf solidarischer Gemeinamkeit beruhende Gegenorganisation sein.

Die in der Branche beschäftigten Lederarbeiter werden gut tun, diesem Verbands ein wachsam Auge zuzuwenden und vor allen Dingen darauf bedacht zu sein, ihre Organisation zu härten. Denn über den Begriff der „berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer“ gehen die Anschauungen häufig weit auseinander. Wollen die Arbeitnehmer die von ihnen selbst als berechtigt anerkannten Forderungen durchsetzen, so ist dies nur möglich, um mit den Worten dieser Arbeitgebervereinigung zu reden, wenn sie sich eine geschlossene und auf solidarischer Gemeinamkeit beruhende Gegenorganisation schaffen. Lederarbeiter, handelt danach!

Das Schiedsgericht ist der richtige Ort, die individuellen Besonderheiten des einzelnen Falles zu prüfen und seiner Entscheidung zugrunde zu legen. Denn der Verletzte wohnt meist in der Nähe des Gerichtsortes und kann zum Termin erscheinen; der Betrieb, wo der Unfall passierte, ist in der Nähe, und so können leicht die Zeugen vernommen werden.

Das alles rechtfertigt es, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung den größten Wert zu legen. Hier muß das Beweismaterial so schlüssig wie möglich sein. Man kann also eine Sache selbst dann an das Schiedsgericht bringen, wenn nach Lage der Akten wenig Aussicht ist, sie zu gewinnen, vorausgesetzt, daß man imstande ist, das zu einer Abänderung des Bescheides nötige Material zusammenzubringen und es geschickt auszunutzen.

Anderes liegen die Dinge, wenn eine Sache am Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden soll. Dann genügt es nicht, daß man gefühlsmäßig glaubt, dem Mann gebührt eine höhere Rente, da genügt es auch nicht, daß man das bereits am Schiedsgericht ausgedehnte Material noch einmal vorträgt. Nein, da gilt es kalten Blutes zu prüfen, ob nach dem Gesetz und der geltenden Rechtsprechung eine Abänderung des Schiedsgerichtsurteils zu erzielen ist. Denn das Reichsversicherungsamt entscheidet meist nach Lage der Akten und hat für die Unfallrechtsprechung bestimmte, stets wieder angewandte Normen aufgestellt, nach denen es sich einrichtet. Wenn jemand sich einen Bruch zugezogen hat, ist es zwecklos, die Sache vor das Reichsversicherungsamt zu bringen, wenn nicht gewisse Vorbedingungen, die ein für alle Mal festgelegt sind, erfüllt sind. So liegt es mit vielen anderen Unfallarten. Wer diese Rechtsnormen kennt, kann mit tödlicher Sicherheit den Verlauf des Rekursverfahrens voraussehen: Der Rekurs wird abgelehnt. Wenn man das aber voraussehen kann, dann spart man sich besser die Mühe und — die Blamage.

Wie geht es am Reichsversicherungsamt mit den meisten Rekursen? Schlagen wir die Statistik nach. In Unfallsachen wurden im Jahre 1906 im ganzen 19.634 Rekurse anhängig gemacht. Auf 100 rekursfähige Schiedsgerichtsurteile entfallen 28,73 Prozent tatsächlich eingelegte Rekurse. Von diesen entfallen aber auf die Arbeiter 22,26, auf die Berufsgenossenschaften nur 6,47 Prozent. Die Arbeiter legen also dreimal so oft Rekurs ein. Umgekehrt ist aber das Verhältnis der erzielten Erfolge. Während die Arbeiter nur bei 18,4 Prozent ihrer Rekurse Erfolge erzielten, gewannen die Berufsgenossen 24,4 Prozent. Woran liegt das? 1. An den unabwärtbaren Mängeln des Gesetzes und der oft recht anschaubaren Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes selbst; 2. an der mangelhaften Begründung der Rekurse durch die Arbeiter; 3. aber auch oft an einer mißbräuchlichen Benutzung des Rekursrechtes. Ueber 1. und 2. werden wir noch öfter reden müssen, verbleiben wir deshalb heute bei 3.

Wer am Schiedsgericht mit seinen Ansprüchen ganz oder teilweise abgewiesen worden ist und will nun Rekurs einlegen, muß sich über zwei Punkte klar werden:

1. Habe ich stichhaltige Gründe gegen das Urteil des Schiedsgerichts? Und weiter: Habe ich neues Beweismaterial?

Wer nicht wenigstens eins von beiden hat, der spare sich den Rekurs. Stichhaltige Gründe heißt: kann ich dem Schiedsgericht eine wesentliche Unrichtigkeit nachweisen, oder hat es irgend ein Beweisstück falsch gewertet. Wenn ich das kann und nach Kenntnis der Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes weiß, ich kann damit Eindruck machen, dann nur los! Oder, wenn ich ein neues günstiges ärztliches Gutachten habe, oder sonst ein Beweisstück, dann nur Mut! Wenn man aber das alles nicht hat, tut man besser, sich den Rekurs zu sparen, so leid es einem tut für den Verletzten. Aber eine aussichtslose Sache versuchen, das hat nicht nur keinen Zweck, sondern ist direkt schädlich.

Warum ist es schädlich? Nun, einmal hat der Verletzte dann noch monatelang Schererei. Jedoch, darüber könnte man hinwegsehen. Schwieriger ist die Sache schon für den Gewervereinsvertreter am Reichsversicherungsamt. Die Vertreter werden dort durchaus gut und gutvorkommend behandelt. Vertritt nun ein solcher Vertreter alles, was ihm unterbreitet wird, gleichgültig ob aussichtslos oder nicht, dann gewinnt er am Reichsversicherungsamt allmählich so einen Ruf, für den man im Volksmunde das Wort: „Heden-abbokat“ oder „Winkelabbokat“ geprägt hat. Ginen solchen Vertreter betrachtet der Gerichtshof von vornherein mit Mißtrauen. Und dies Mißtrauen kommt natürlich auch dann zur Geltung, wenn der Betreffende eine gute Sache vertritt. Von der Vertretung der nach Lage der Dinge unberechtigten Rekurse können mithin sehr leicht gerade die aussichtslossten Rekurse den Nachteil haben.

Dazu kommt nun noch ein drittes. Man klagt allgemein darüber, daß die Geschäfte des Reichsversicherungsamtes zu unbeschreiblich groß werden. Allein im Jahre 1906 hat sich die Anzahl der eingelezten Rekurse um 12,7 pCt. gegen 1905 vermehrt. Das

Gericht besteht heute schon aus 61 Richtern. Infolgedessen sind harte Strömungen laut geworden, die auch in der Unfallversicherung das Rekursrecht zu einschränken möchten, wie in der Invalidenversicherung die Revision schon eingeschränkt ist. An der Spitze dieser Strömungen stehen natürlich die Berufsgenossenschaften. Sie weisen darauf hin, daß 80 pCt. der Rekurse doch abgewiesen werden, also unberechtigt seien; mithin könne man sehr wohl das ganze Rekursrecht wesentlich einschränken. Drängen früh oder spät diese Strömungen einmal durch, so wäre das sehr ungünstig für die Verletzten. Diese „Reform“ zurückzuweisen gelingt umso eher, wenn die Arbeiter sich selbst beschränken und nur gut begründete Rekurse einlegen.

Dies beslegend einzusetzen, ist vor allem Sache unserer Arbeitersekretäre und Rechtsauskunftgebenden. Sie müssen sich in die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes so hineinverarbeiten, daß sie beurteilen können, ob ein Fall Aussicht auf Erfolg bietet oder nicht. Wo das nicht ist, müssen sie den Rekurs ablehnen. Auch ist es nötig, vor den Schiedsgerichten alle irgendwie zur Verfügung stehenden Beweise anzubieten und geschickt auszunutzen, um dort schon den Erfolg zu erzielen. Niemand wird es uns aber verzeihen können, wenn wir, entsprechend der Praxis aller anderen, d. h. der sozialdemokratischen und christlichen Vertreter am Reichsversicherungsamt die Übernahme von Vertretungen ablehnen, die ohne genügenden Grund eingelegt und damit von vornherein verloren sind. Die Begründung dafür haben wir ja schon gegeben. So zu handeln, liegt im Interesse aller Verletzten. E.

Die Aufgaben unseres Delegiertentages.

An die Mitglieder des Gewervereins der Schiffbauern, Schiffsbauer, Fischer, Seefahrer u. a. Arbeiter!

In wenigen Tagen treten die gewählten Vertreter unserer Organisation zusammen, um ihre Entscheidung zu treffen darüber, was für das Wohl unseres Gewervereins am förderlichsten erscheint. Der diesmalige Delegiertentag dürfte nicht nur eine Fülle reichlicher Materials zur Bearbeitung vorfinden, sondern auch sonst seine Vorgänge an Bedeutung und Wichtigkeit übertreffen. Will es doch, wenn wir alle laut gewordenen Wünsche zusammenfassen, vornehmlich den Ausbau der Organisation nach innen und außen herbeizuführen.

Im Vordergrund der Verhandlungen steht die Frage der Beitragserhöhung, und das mit Recht. Da heißt es prüfen, ob wir gewillt sind, uns den veränderten Verhältnissen anzupassen und mit der fortschreitenden Entwicklung gleichen Schritt zu halten, oder den alten Weg weiterzugehen. Demjenigen Kollegen, der aufmerksam die Entwicklung innerhalb der Organisation und der wirtschaftlichen Verhältnisse verfolgt, kann die Entscheidung nicht schwer fallen. Wohl werden einige Kollegen wieder der Befürchtung Ausdruck geben, daß durch Erhöhung der Beiträge eine Flucht der Mitglieder eintreten wird. Um dies zu verhüten, liegt es an uns, die noch unsicheren Mitglieder aufzuklären und die Zögernden anzu-spornen, damit alle Kollegen freudig aus sich selbst heraus erklären: Auch wir sehen ein, daß mehr als bisher gesehen muß, um unseren Gewerverein vorwärts zu bringen. Daß dies bisher nicht in dem gehofften Maße geschehen konnte, lag sicherlich zum Teil an unseren niedrigen Beiträgen, denn wir sehen, daß unsere Wundergewervereine an Mitgliederzahl trotz der hohen Beiträge beständig zunehmen. Sollte es jedoch wider Erwarten Kollegen unter uns geben, die für eine Erhöhung der Beiträge nicht zu haben sind und uns dann den Rücken kehren, so wäre das tief bedauerlich. Es steht aber zu hoffen, daß dann Hunderte an deren Stelle eintreten und wir trotzdem rüstiger vorwärts schreiten. Nur ein wenig fester Wille, und es geht!

Eng verknüpft mit der notwendig erscheinenden Erhöhung der Beiträge ist die Frage der Agitation. Um unsere Mitgliederzahl zu erhöhen, sind wir gezwungen, tätiger zu sein. Hinaus in die Öffentlichkeit gilt es zu treten, eine Menge praktischer Kleinarbeit gilt es zu leisten, veraltete Formen müssen über Bord geworfen werden. Unsere finanziellen Verhältnissen entsprechend, müssen zunächst unbesoldete Agitationsleiter gewählt werden. Dann aber ist es vor allem Dingen notwendig, daß das von den meisten unserer Ortsvereine noch zu wenig beachtete und geschätzte Vertrauensmännerystem überall und mit allen Kräfte durchgeführt wird. Denn gerade die Vertrauensmänner sind diejenigen in der Werkstatt, welche für den Ausbau und die Mitgliederzunahme unserer Organisation zu sorgen haben. Führen wir uns nun aber einmal vor Augen, wie schwierig es ist, die Agitation für unsern Gewerverein erfolgreich durchzuführen einestills durch die vielen starken Gegenorganisationen, andererseits aber auch durch die Vielartigkeit von Berufen in unserm eigenen Gewervereine! Da kommt es jetzt darauf an, überall die geeigneten Kräfte herauszufinden und für die Agitation zur Verfügung zu stellen. Auch in

diesem Punkte muß ein großer Schritt vorwärts getan werden.

Im Anschluß daran wird auch die Organfrage einen weiten Raum in den Verhandlungen einnehmen. Denn mit dem alten Rodus, daß nur auf drei Mitglieder ein Organ kommt, muß unbedingt gebrochen werden. Jeder einzelne Kollege kann in der heutigen bewegten Zeit gar nicht schnell genug die Presse in seine Hände bekommen, um sofort über alle in der Arbeiterbewegung sich abspielenden Vorgänge Kenntnis zu erhalten. Bildet doch heute mehr denn je die Presse eine Großmacht, mit der jede Bewegung zu rechnen hat. Hoffentlich werden auch hier die Delegierten zum Wohle der gesamten Mitglieder einen glücklichen Weg finden. Eng verknüpft mit der Organfrage steht die des Generalratsprotokolls. Dasselbe muß so verbessert werden, daß es als Sprachrohr der Mitglieder dienen kann. Von einschneidender Bedeutung wird auch die Erledigung des Antrages des Generalrats, betreffs Verlegung des Vorkorts, sein. Nach dem Antrage zu urteilen, scheint es fast, als wenn die alten wettferren Führer unserer kleinen Gewervereinschiffen nicht mehr Kraft genug in sich spürten, fest in die Radspitzen einzugreifen, um den Klippen links und rechts auszuweichen zu können, und das Bedürfnis fühlten, daß neue Führer gewählt werden, die das Schiff durch alle Fährnisse hindurchzubringen vermögen. Sollte letzteres der Fall sein, dann, Kollegen, habt ihr zu entscheiden, wem ihr das Schicksal unseres Gewervereins anvertrauen wollt, damit derselbe so ausgeübt werden kann, daß er die Bedeutung erhält, die ihm eigentlich insbesondere für die Vertretung der Arbeiter auf den Schiffswerften gebührt.

Darum, Kollegen, muß unsere Parole zum Delegiertentag sein: Vorwärts auf der ganzen Linie, denn Stillstand ist Rückschritt!

J. G. Kiel.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 16. Juli 1907.

Zum 8 Uhr-Ladenabschluss. In Hamburg ist es den verbundenen kaufmännischen Vereinen — zu denen der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verein nicht gehört — nach der Kaufmännischen Rundschau gelungen, die nötige Zahl von Unterschriften für die Abstimmung über den 8 Uhr-Ladenabschluss herbeizuschaffen. Die Behörde gibt amtlich bekannt, daß von 8072 Geschäften 2730 den Antrag gestellt haben, also mehr als das für die Abstimmung erforderliche Drittel. Die Abstimmung findet bis zum 30. September statt, und es nehmen daran alle Besitzer von Ladengeschäften teil, ausgenommen solche der Zigarren- und Lebensmittelbranche. Sache der kaufmännischen Angestellten wird es namentlich in erster Linie sein, alle befreizubehaltenen Ladeninhaber zur Abgabe einer Zustimmungserklärung zu veranlassen. Aber auch von der Arbeiterschaft muß erwartet werden, daß sie die Bestrebungen der Handlungsgehilfen zur Befürchtung der Arbeitszeit auf das nachdrücklichste unterstützt. Namentlich unsere Verbandsgenossen und -Genossinnen in Hamburg sollten es sich angelegen sein lassen, in all den Geschäften, wo sie ihre Einkünfte beziehen, darauf hinzuwirken, daß eine dem 8 Uhr-Ladenabschluss zustimmende Erklärung abgegeben wird.

Der Gesetzentwurf über die Krankenversicherungspflicht in der Hausindustrie. Der dem Reichstag in seiner kommenden Session voraussichtlich beschickte Entwurf, soll, wenn man einer durch die Presse gebenden Notiz glauben darf, mit Vertretern der Hausindustrie und der Handelskammern durch beraten werden, bevor er dem Reichstage zugeht. An und für sich wäre das ein ganz richtiges Vorgehen, um in dieser so wichtigen Frage etwas Gescheites zustande zu bringen. Voraussetzung ist dabei jedoch, daß man unter Vertretern der Hausindustrie nicht nur Leute versteht, die Heimarbeiter beschäftigen, sondern diese selbst um ihre Meinung befragt. In anderen Fällen könnten diese Beratungen leicht eine recht unglückliche Wirkung auf die Befahrung des geplanten Gesetzes ausüben. Ubrigens soll auch der jetzt in die dritte Maximalarbeitszeit für Frauen zur Lastge werden. Wie aus der „Voss. Zig.“ zu ersehen ist, wird dem Reichstage in seiner nächsten Tagung bestimmt ein diesbezüglicher Gesetzentwurf zugehen. Die in Betracht kommenden Industriezweige haben sich fast ausschließlich mit der Herabsetzung der Maximalarbeitszeit von 11 auf 10 Stunden einverstanden erklärt. Gewisse Uebergangskrisen sollen natürlich in dem Entwurf enthalten sein.

Sätze mich vor meinen Freunden! „Man kann in der Tat zweifelhaft sein, ob die Bedingungen der von den Arbeitern so heiß ersehnten und oft mit schweren Opfern erkämpften Verkürzung der Arbeitszeit vom Kapital nicht mehr als aufgewogen sind, denn die erhöhte Intensität der Arbeit bringt fürchtbare Gefahren mit sich. Davon zeugt nicht nur die viel schnellere Vermehrung der Lebenskraft des Arbeiters, der naturgemäß viel eher aufgebraucht ist bei intensiverer Arbeit, sondern

aus
fäll
Rau
mit
Frau

richt
aller
betr
der
stim
sag
27.
glim
die
vring
die
wert
war
flieg
Ber
um
blätt
voran

Jule
Berli
gerich
Eich
genoi
Dely
ebenf
des
fstell
war,
berei
lung
ein
tam
denen
ein
streich
nicht
Borw
der
der
folgt
slog,
wegen
komme
bestraf

die
von
das
esse
fer
Gewer
nicht
als
Haut
Uberg
Kreisen

D
verreit
Organ
Denk
Bemer
so mei
an die
Goldf
und be
eine
Kreuzen
der „A
über
Im Ab
das
zu wer
ber Ra
hin, d
Jude
Lange
In W
und ja
in seine
sonst
behaup
Mit
unser
spielen
wie ein
mit we
Organis
unserer

den
Gefinn
grifflich
konnten
treten
e
Mitglieder